

Mit den Bürgern reden 2  
Wenn Einwohner fragen...

Wird's denn helfen, Herr  
Doktor? 3

## Fluglärm – und kein Ende

### Neues Gesetz schafft für Tegel kaum Abhilfe

Wer als Anwohner im Einzugsbereich des Flughafens Tegel die Hoffnung hatte, die am 14. Dezember im Bundestag verabschiedete Novellierung des veralteten Fluglärmgesetzes von 1971 würde dazu führen, den Fluglärm zukünftig nachhaltig zu reduzieren, ist enttäuscht.

Durch das (nicht nur) von der Fraktion der Linken kritisierte Gesetz wird das im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD vereinbarte Ziel, den Fluglärm der Bevölkerung zu verbessern, nicht angemessen erreicht. Statt einen tragfähigen Ausgleich zwischen den Interessen fluglärmgeschädigter Bürger und der Luftverkehrswirtschaft herzustellen, wurde wieder einmal einseitig zugunsten der Wirtschaft entschieden. Die Reinickendorfer werden die Auswirkungen zu hören bekommen, auch wenn die neue Fluglärm-berechnung für Tegel wohl leichte Verbesserungen bringen wird.

Insbesondere sind die Grenzwerte für die Dauerschallpegel von 65 db (Schutzzone 1) und 60 db (Schutzzone 2) am Tag und 55 db in

der Nacht zu hoch angesetzt. Sie entsprechen nicht den Erkenntnissen neuerer Lärmschutzforschung. Geregelt wird in der Hauptsache nur der „passive Schallschutz“ (Schallschutzfenster und Belüftungseinrichtungen). Wer sich im Umfeld von Flughäfen nicht in geschlossenen Räumen aufhält, wird weiterhin belästigt und geschädigt. Eine tendenzielle Ausweitung des Fluglärms wird nicht verhindert. Dies betrifft insbesondere den gerade in Tegel starken Nachtflugverkehr.

Auch die Klimafolgen des stark subventionierten Flugverkehrs, die längst die des PKW-Verkehrs über-treffen, spielen im neuen Gesetz ebenfalls keine Rolle. Ignoriert wird, dass der Anteil des Flugverkehrs am globalen Treibhauseffekt bereits 9 Prozent beträgt – Tendenz steigend.

Die Linke fordert als erste Schritte den Stopp der Subventionen für den Flugverkehr, eine stärkere Absenkung der Schall-Grenzwerte - auch der militärischen - und die strikte Einhaltung des Nachtflugverbots.  
**Jürgen Schimrock**



### Was suchen wir am Hindukusch, Herr Dzembritzki?

Am 19. Januar 2007 wurde im Bundestag über den möglichen Einsatz von Tornado-Aufklärungsjets der Bundeswehr in Afghanistan diskutiert. Dazu durfte sich für die SPD mal wieder der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete Detlef Dzembritzki äußern. Er bezeichnete einen Teil der voran-

gegangenen Rede von Oskar Lafontaine als „töricht“. Dieser hatte wieder grundsätzlich gefragt, was deutsche Soldaten am Hindukusch suchen sollen. Das wesentliche Argument lautet: Terrorismusbekämpfung und die Demokratisierung Afghanistans unterstützen. Wir aber bezweifeln, dass eine Demokratie mit Hilfe des Militärs aufgebaut werden kann. Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Zumindest als Kriegsunterstützung muss man aber die Vorgehensweise

der Bundesregierung bezeichnen. Krieg und Kämpfe bedeuten Leid, Gewalt und fordern meist zivile Opfer. Bisher sind mindestens 64 deutsche Soldaten bei Auslandseinsätzen umgekommen. Wir müssen in erster Linie diplomatische und technologische Hilfe leisten, um das neue Afghanistan zu unterstützen. Ein Land fernab der Taliban. Was soll an dieser Meinung bitte töricht sein, lieber Herr Dzembritzki?

**Charly**

*Der Krieg ist darin schlecht, dass er mehr böse Menschen macht, als er deren wegnimmt.*

Immanuel Kant

## Angst, mit den Bürgern zu reden?

Im Wahlkampf wird so manches erklärt, zugesagt, eingeräumt. Nach der Wahl möchte nicht jeder gern daran erinnert werden. Ein Beispiel aus Reinickendorf:

Yusuf Dogan erkundigte sich in der **Einwohnerfragestunde der Januar-BVV**: *Was haben das Bezirksamt und die Fraktionen der BVV unternommen bzw. was haben sie vor zu tun, um die Vorschläge des Haus- und Grundbesitzervereins Tegel e. V. „Für den Erhalt von Wohnqualität in Tegel“ mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu beraten und ernsthafte Schritte zur Entschärfung der Situation im Ortskern Tegel auf den Weg zu bringen?*

Bezirksstadtrat Ruschin und der bisherige Vorsitzende des Verkehrsausschusses Marten (CDU) beantworteten die Frage genau genommen nicht. Gewiss: beide Politiker gingen detailreich auf die Vorschläge des Haus- und Grundbesitzervereins Tegel e. V. ein. Sie zitierten frühere zumeist abschlägige Stellungnahmen u. a. der BVG und der Verkehrslenkung, die den Betroffenen bekannt sind. Grundaussage: Die Behörden tun schon alles Mögliche; mit den unangenehmen Fol-

gen müssten die Bürgerinnen und Bürger eben leben.

Gefragt war aber etwas ganz anderes. Yusuf Dogan fragte deshalb nach, ob *sich das Bezirksamt oder die BVV angesichts der außerordentlich gespannten Situation in Tegel nicht dazu durchringen könnten, unter Berufung auf § 42 BzVG eine Einwohnerversammlung mit der betroffenen Einwohnerschaft oder einen „Runden Tisch“ mit allen Betroffenen durchzuführen und sie in die Beratung und Suche nach einvernehmlichen Lösungen direkt einzubeziehen?*

Stadtrat Ruschin erwiderte, das Bezirksamt rede ständig mit den Bürgern. Im übrigen sei die Idee einer Einwohnerversammlung nicht an ihn herangetragen worden. BVV-Vorsteher Pohl (auch CDU) kommentierte, die BVV habe Bürgerfreundlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben. Nun seien die Bürger gefordert, selbst aktiv zu werden.

Ich finde: Demokratie geht anders. Die „Oben“ müssen die Mitsprache der „Unten“ wirklich wollen. Als Angebot, nicht nur auf Verlangen. Und nicht nur zu Wahlen.

Friedrich Wilhelm

### Augenscheinlichkeiten

## Nicht die erste Wahl

Von Vera Seidel

Fraktionen sollen sich in gewählten Gremien streiten und auch gegenteiliger Ansicht sein. Das befördert nach einhelliger Meinung die Demokratie – auch in der BVV Reinickendorf.

Doch es gibt auch Geschehnisse, bei denen gemeinsames Vorgehen gewünscht, von Nöten und absolut begrüßenswert ist. Aktuell die Abwehr von Rechtsextremen im Bezirk. Und so ist denn auch die Empörung über die endgültige Genehmigung der NPD-Bundesparteitages am 11. November im Fontane-Haus bei allen Fraktionen groß. Proteste am Tag des NPD-Parteitages selbst und anschließendes Großreinmachen, sprich: der braune Dreck wird rausgefegt.

Mit dabei die Junge Union mit ihrem Vorsitzenden und Bezirksverordneten Lorenz Weser. Jener bringt in die Januar-BVV einen An-

trag ein: Das Geld, das durch die gerichtlich verfügte Vermietung des Fontane-Hauses an die NPD vom Bezirksamt eingenommen worden ist – immerhin ein paar hundert Euro -, soll nicht das Bezirkssäckel verunreinigen, sondern einem Projekt in Namibia zugute kommen. Nichts gegen dieses Projekt, es ist sinnvoll und unterstützenswert, keine Frage. Aber wäre es nicht angebrachter, gerade mit diesem Geld antifaschistische **Reinickendorfer** Vorhaben vorwärts zu bringen?

Der antifaschistische Runde Tisch des Bezirks plant zum Beispiel eine Wanderausstellung. Dort hätte man ja vielleicht einmal anfragen könne, ob die „paar hundert Euro“ von der NPD-Miete gebraucht würden – zur antifaschistischen Aufklärung in Reinickendorfer Schulen. Aber das ginge dann wohl doch zu weit – jedenfalls für die Junge Union.

Und so geht das Geld mit den Stimmen aller Fraktionen ins weit entfernte Namibia – auch gut, aber nicht erste Wahl.

### 3./4. Sitzung, 10.1.2007

Den netten Neujahrswünschen des Vorstehers folgte der übliche politische Schlagabtausch in der BVV. Die CDU prangerte eine „Wählertäuschung durch den Senat“ an, der die Schließung von Polizeidienststellen plane (Drs.-Nr.: 0027/XVIII). Frau Brinsa (CDU) fand das Wort „Sicherheit“ im SPD-Wahlprogramm nicht und sah Reinickendorf auf das Jahr 1920 zurückgeworfen. SPD und B90 mahnten eine sachliche Verständigung an.

Eine Große Anfrage (GA) der GRAUEN (Drs.-Nr.: 0038/XVIII) beantwortend, bezeichnete Stadtrat Balzer (CDU) die im Wahlkampf verkündeten Pläne seines Vorgängers Dr. Wegner (CDU) zur **Umgestaltung rund um den Franz-Neumann-Platz** als „unausgereift“. Das BA favorisiere nunmehr eine „kleine“, optisch schönere Lösung. Grauen-Fraktionsvorsitzender Raeder, Sprecher der in der Residenzstraße ansässigen Geschäftsleute, befürchtete, dass dadurch Sponsoren abspringen könnten. Im Bauausschuss wird das Thema weiter beraten. (*Wie war das mit der Wählertäuschung? - s. o. - Geholfen hat sie Dr. Wegner ja nicht..*)

Eine GA der CDU gab Stadtrat Höhne (SPD) die Gelegenheit, die erfolgreiche Arbeit der Bezirksbürgermeisterin und der Frauenbeauftragten Frau Kowas bei der Organisation des **Girls' Day 2006 in Reinickendorf** (2. Platz im Berlin-weiten Wettbewerb) zu würdigen (Drs.-Nr.: 0053/XVIII). Dokumentiert unter: <http://www.jugend-reinickendorf.de/fb1/maedchen/maedchen/girlsday.php>.

Anträge der Fraktion B90 befassen sich mit der **Erfassung von rechtsextremistischen Straftaten im Bezirk** (Drs.-Nr.: 0059/XVIII) und der Forderung, ein mögliches **PPP (public private partnership)-Projekt** zur Sanierung von Reinickendorfer Schulen weiterhin in den Gremien der BVV zu beraten (Drs.-Nr.: 0060/XVIII). Der SPD-Antrag, die **Parkraumbewirtschaftung im Bereich Tegel City** zu realisieren (Drs.-Nr.: 0047/XVIII), wird im Verkehrsausschuss erörtert.

Yusuf Dogan richtete eine **Einwohneranfrage** an das BA und die Fraktionen, die von Stadtrat Ruschin und dem bisherigen Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Marten (CDU) beantwortet wurden (s. gesonderten Beitrag). **Klaus Gloede**

### § 42 Bezirksverwaltungsgesetz

- Einwohnerversammlung -

Zur Erörterung von wichtigen Bezirksangelegenheiten können mit der betroffenen Einwohnerschaft Einwohnerversammlungen durchgeführt werden. Einwohnerversammlungen werden von der Vorsteherin oder dem Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung einberufen, wenn die Bezirksverordnetenversammlung dies verlangt oder der Antrag einer Einwohnerin oder eines Einwohners auf Durchführung einer Einwohnerversammlung von einem Drittel der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung unterstützt wird. **Das Bezirksamt kann ebenfalls Einwohnerversammlungen einberufen.**



# Wird's denn helfen, Herr Doktor?

2004 wurde uns eine Gesundheitsreform als „Jahrhundertreform“ beschert. Jetzt steht die Reform der Reform ins Haus.

Wir sprach darüber mit dem wissenschafts- und gesundheitspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, **Oberarzt Dr. Wolfgang Albers**

**Dr. Albers, weshalb soll die Jahrhundertreform schon wieder reformiert werden?**

Zwei Gründe: Die Reform hatte die Finanzierungs- und Effizienzdefizite unseres Gesundheitssystems nicht einmal ansatzweise behoben. Und das Solidarprinzip unserer Krankenversicherung passt nicht in das neoliberale Weltbild, es soll zerschlagen werden.

**Wenn aber die Gesundheitskosten so schrecklich explodieren...**

Das ist ein Mythos. Die Kosten machen seit den siebziger Jahren nahezu konstant den gleichen Anteil des Bruttosozialprodukts aus. Nur die Medikamente verursachen inzwischen genauso viel Kosten wie alle anderen medizinischen Leistungen zusammen.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben vor allem ein Einnahmeproblem wegen der hohen Arbeitslosigkeit,

der zunehmenden Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse und des sinkenden Anteils der Löhne und Gehälter gegenüber anderen Einkommensarten. Übrigens auch wegen der Verschiebung staatlicher Verpflichtungen auf die Krankenkassen, z.B. durch die Kürzung der Beiträge für die Krankenversicherung Arbeitsloser u.a.m. Letzteres machte 2004 immerhin 4,6 Milliarden Euro aus.

**Und die Effizienzprobleme?**

Wir haben in unserem Gesundheitssystem dicht nebeneinander Unter-, Über- und Fehlversorgung. Die Prävention ist deutlich unterbelichtet, stationäre und ambulante Behandlung sowie Rehabilitation sind gegeneinander abgeschottet. Wettbewerb und Markt regeln so etwas nicht, die suchen lediglich die lukrativsten Geschäftsfelder.

**Ich habe nicht den Eindruck, dass etwas davon jetzt angepackt würde.**

Nein. Die Krankenkassen werden lediglich in den freien Wettbewerb geschickt, bloß dass sie ab 2009 ihre Mittel aus einem gemeinsamen Fonds erhalten. Kommt eine Kasse damit nicht aus, darf sie höhere Zusatzbeiträge von ihren Versicherten verlangen, ihre Leistungen kürzen, nach den billigsten Leistungsanbietern suchen oder pleite gehen.

**Was setzt die Linke dagegen?**

Wir fordern eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Alle sollten in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen, und alle Einkommensarten sollten dazu herangezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze für die hohen Einkommen sollte fallen. Der Versicherungsanteil der Unternehmen sollte wieder paritätisch und durch eine Wertschöpfungsabgabe ersetzt werden - wenn ein Unternehmen Mitarbeiter entlässt, um seinen Gewinn zu erhöhen, dann sollte es wenigstens mehr in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen.

Im Übrigen brauchen wir demokratische regionale Gremien einschließlich Krankenkassen und der Betroffenenvertretungen, um die Strukturen zweckmäßig zu ordnen.

**Interview: Hans Schuster**

## Hier wird es wehtun

**Auf die Versicherten kommen weitere Zusatzbeiträge (bis 7,2 Mrd. Euro) zu. Die Arbeitgeber werden von Kostensteigerungen ausgenommen**

**Einführung einer Kopfpauschale (beim Zusatzbeitrag)**

**„Teilkasko-Tarife“ für Junge und Gesunde, teure „Vollkasko-Tarife“ für Kranke. Durch diese unsolidarischen Wahl- und Sondertarife (Kostenerstattung, Selbstbehalt und Beitragsrückerstattung) muss das Geld für Behandlungskosten vor allem von den Kranken aufgebracht werden**

**Höhere Zuzahlungen für Krebskranke, die nicht zur entsprechenden Vorsorge gegangen sind**

**Einführung eines Selbstverschuldungsprinzips als Dammbruch: Zunächst zwar nur bei Folgekosten von Tätowierungen, Piercings oder Schönheitsoperationen wird so der Weg für zukünftige Leistungsausgrenzungen (wie z.B. bei Dickleibigkeit oder Freizeitanfällen) geebnet**

**Die geplante Insolvenzfähigkeit und die geforderte Entschuldung zwingen insbesondere die AOK bis zur Einführung des Gesundheitsfonds 2009 zu hohen Steigerungen des Beitragssatzes**

**Ärzte, Pflegestationen, Physiotherapeutinnen, Apotheken oder Krankenhäuser werden die Versicherten gegebenenfalls um Vorkasse bitten, wenn sie die Insolvenz der betreffenden Krankenkasse befürchten**

**Der völlig unzureichend geplante krankheitsorientierte Risikostrukturausgleich wird die Situation derjenigen Krankenkassen weiter verschlechtern, die mehr chronisch Kranke oder mehrfach Erkrankte versichern**

**Die Einbeziehung der Privatversicherten in einen Sozialausgleich oder ein gemeinsames solidarisches Versicherungssystem bleibt wieder aus**

Sie machen aus der Gesundheitsversicherung eine Autoversicherung.

Übrigens ist die Pharmaindustrie die einzige Seite, die keine Kritik übt. Sie sollten einmal darüber nachdenken, welche Gründe das hat.

(Gregor Gysi am 27.10.06 im Bundestag)

Der Gesetzentwurf zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) untergräbt die grundgesetzlich festgeschriebenen Sozialstaatsprinzipien soweit, dass sie relativ leicht durch EU-Intervention beseitigt werden können. Zu diesem Schluss kommt der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. jur. Torsten Kingreen von der Universität Regensburg in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung.

## Oberarzt Dr. Wolfgang Albers



Dr. Wolfgang Albers arbeitet 26 Jahre als Oberarzt im Bereich der Chirurgie in Berlin. Er engagierte sich gegen die Umwandlung der Berliner städtischen Krankenhäuser in eine GmbH und die Herauslösung der Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst. Neben seiner Abgeordnetentätigkeit ist er weiterhin als Betriebsrat bei Vivantes tätig.

Er hält viel von Effizienz und gar nichts davon, dass Medizin Geschäft, Gesundheit Ware und Patienten Kunden sein sollen. Er kandidierte bei den Wahlen im September für die Linkspartei.PDS und wurde auch ihr Mitglied, um ihr das Kreuz gegen eine Privatisierung von Krankenhäusern und anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken.



# NPD-Verbot jetzt!

Unterschriftensammlung von VVN-BdA wurde gestartet

Im Rahmen einer Kampagne fordert die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN- BdA) den Deutschen Bundestag auf, ein neues Verbotverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen:

„...Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein „Deutsches Reich“ ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab.

Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie...

Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will...

Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Regimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen...

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden.“

## Am Rande

### Mauerbrüder

Mit Mauabrüder ha' ick nüscht im Sinn. Da sitzt so eener beim Skat mit lauter Asse und Jungs und taucht schon bei 18 ab, na danke. Unjefähr wie seinerzeit Ulbricht, der hat bekanntlich nur bis 17 jereizt und denn jemauert. Apropos Ulbricht. Jetzt mauan se doch jrade wieda so een Städtchen ein, stand kürzlich inne Zeitung, aba bloß'n janz kleenet, anne Ostsee, Heiligendamm. Diesmal alladings nich, damit keena mehr raus kann, sondern damit keena mehr rin kommt, wenn se da im Juni ihr Jipfeltreffen von die Jroßen Acht abhalten. Mia wär't ja umjekehrt lieba, für lange Zeit.

Ick frach mich bloß, wat machen die mit den Molli, der sich imma von Bad Doberan üba Heiligendamm nach Kühlungsborn durchbimmelt. Wern die Waggons anne Mauer valblomt, oda machen se Schienenersatzvakehr janz im Molli-Luck mit Kremsern, vornean und hintendran drei Kauboy's vonne berittene Pullezei? Oda heißn die dann Hau-boy's? Müsst man jlat ma hin.

Aba meine Mauameesta beim Skat sind mia doch lieba als die von Heiligendamm. So eena sitzt einem jejenüber, und man kann ihm notfalls die Meinung geijen. Natürlich jwinnt eena ooch beim Skat leichter, wenna die andern inne Miesen schickt. Aba det macht der nich oft, denn ramschen se nehmlich mit ihm un ham ihm janz schnell bei de Hammelbeene. Skat is ehm einfach.

Reineke

## Termine

...im Roten Laden:  
**Versammlung der Volkssolidarität Reinickendorf** am Freitag, 9. Februar um 14 Uhr

**Quo vadis – Russland?** „Tegeler Dialoge zur Demokratie“ der „Hellen Panke“ e. V. am Dienstag, 13. Februar 2007. Um 19 Uhr spricht Wolfgang Grabowski, Botschafter a. D.

**Antifaschistischer Widerstand in Reinickendorf**, Diskussionsveranstaltung der VVN-BdA Reinickendorf am Donnerstag, 15. Februar 2007 um 15 Uhr mit Dr. Günter Wehner

**Was ist heute links?** DIE LINKE.Jugend.Reinickendorf diskutiert über das „Kommunistische Manifest“ am Montag, 19. Februar 2007 um 18 Uhr mit Prof. Dr. Harald Neubert (Historiker), Mitglied des Ältestenrates der Linkspartei.PDS.

Während der Anti-Nazi-Demo am 21. Oktober 2006 in Tegel

Foto: J. Schimrock

www.npd-verbot-jetzt.de

Unterschriftenlisten zur Unterstützung der Kampagne sind auch im Roten Laden erhältlich

Impressum  
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

### Erstunterzeichner:

Ludwig Baumann (Wehrmachts-Deserteur), Jürgen Becker (Kabarettist), Esther Bejarano (Ausschwitz-Überlebende), Artur Brauner (Filmproduzent und Unternehmer), Fritz Bringmann (Neuengamme-Überlebender), Dr. Hans Coppi (VVN-BdA), Prof. Dr. Frank Deppe (Politikwissenschaftler) Hannelore Elsner (Schauspielerin) Prof. Dr. Heinrich Fink (Vorsitzender VVN-BdA), Jupp

Gerats (NS-Verfolgter), Kurt Goldstein (KZ-Überlebender), Gisela Karau (Publizistin), Dietrich Kittner (Kabarettist), Gisela May (Schauspielerin), Erik Neutsch (Schriftsteller), Präsidium des 1. FC Nürnberg, Gustav Adolf Schur (Sportler), Prof. Willi Sitte (Maler), Peter Sodann (Schauspieler), Barbara Thalheim (Sängerin), Hannes Wader (Musiker), Stefan Wolf (OB Weimar) u. a.

### Neuer Bezirksvorstand

Am 27. Januar 2007 wählte die Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Reinickendorf einen neuen Bezirksvorstand. Ihm gehören sieben Mitglieder an. Neuer Bezirksvorsitzender ist der Tegeler Jurastudent Yusuf Dogan (24 Jahre). Außerdem gehören Dr. Klaus Gloede (67), Robert Irmischer (19), Marion

Lubina (65), Jan Mikoleit (21), Michael Rohr (32) und Jürgen Schimrock (48) dem Vorstand an.

Daneben wurden Charleen Figul und Yusuf Dogan als Delegierte zum 10. Landesparteitag gewählt.

Schwerpunkt der Arbeit des neuen Vorstands ist neben der Kommunalpolitik der Abschluß der Parteineubildung im Sommer.

Berlin, 27.1.07

### Hier finden Sie uns:



### Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel.  
Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr  
Tel.: 4373 2630  
Fax: 4373 2632  
e-mail:  
reinickendorf@linke.pds-berlin.de